

592472-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Teilsanierung und Umbau Botschaftskanzlei Quito (ECU)

OJ S 165/2026 27/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

E-Mail: vergaben.ai@sib.smf.sachsen.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Teilsanierung und Umbau Botschaftskanzlei Quito (ECU)

Beschreibung: Generalplanung (insbesondere Objektplanung - Gebäude/ Innenräume), Fachplanung (Technische Ausrüstung) und weitere Fachplanungs- und Beratungsleistungen (Tragwerksplanung, Brandschutz, Wärmeschutz, Bau- und Raumakustik)

Kennung des Verfahrens: e5607e91-b2e5-42e0-bec3-cb96505b9d98

Interne Kennung: 26D607001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Ecuador

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Deutsche Botschaftskanzlei Quito Edificio "Citiplaza" Avenida Naciones Unidas E10-44 y República de El Salvador RGCC+XC9 170135 Quito Ecuador

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1.) Sämtlichen Vergabeunterlagen werden ausschließlich und kostenfrei auf der Vergabepattform <http://www.sachsen-vergabe.de> zum Download bereitgestellt. 2.) BITTE BERÜCKSICHTIGEN SIE DIE INFORMATIONEN IM FORMBLATT-DATEI "A00_INFO TEILNAHMEWETTBEWERB" DER VERGABEUNTERLAGEN. Weitere Unterlagen wie bspw. Vertrag inkl. Anlagen oder die Projektbeschreibung werden erst im Rahmen der Aufforderung zur Angebotsabgabe (Stufe 2 des Vergabeverfahrens) zur Verfügung gestellt. 3.) Es sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Vergabeunterlagen zu

verwenden. Die einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind vollständig auszufüllen und ausgedruckt als Teil des Teilnahmeantrages einzureichen. Teilnahmeanträge können ausschließlich SCHRIFTLICH (in Papierform) an die als Beschaffer benannte Kontaktstelle eingereicht werden. Die Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag abzugeben. Es ist der vom Auftraggeber erstellte KENNZETTEL zu benutzen. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. elektronische Teilnahmeanträge oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. 4.) Geforderte Nachweise sind grundsätzlich als Kopie zugelassen, sofern nicht ausdrücklich anders verlangt. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung); 5.) Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung sind auch Teilnahmeanträge / Angebote unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros u. von Nachauftragnehmern können das Ausscheiden aller Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft sowie aller Bieter mit gleichen Nachauftragnehmern zur Folge haben; 6.) Nicht erwünscht sind allgemeine Werbebroschüren u. weitere Unterlagen zur Vorstellung des Bewerbers/ Bieters sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt; 7.) Enthalten die Bekanntmachung od. die Vergabeunterlagen Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers/Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber/Bieter den AG unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber/Bieter mit diesen Einwendungen präkludiert. 8.) Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Bewerberbogen, Nachweisen und ggf. weiteren Unterlagen. 9.) Neben Einzelunternehmen sind auch Bergergemeinschaften (BG) zugelassen. Rechtsform von BG: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Mit dem Teilnahmeantrag Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Hierzu liegt das Formblatt "Erklärung der Bergergemeinschaft" den Ausschreibungsunterlagen bei. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat. 10.) Bei Bergergemeinschaft (BG) ist von jedem Mitglied der Gemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag jeweils ein separater Bewerberbogen (901-AI EU VS) ausgefüllt und unterschrieben, sowie um die geforderten Nachweise ergänzt, den Unterlagen beizufügen. Das vertretungsberechtigte Mitglied der BG reicht seinen Bewerberbogen mit den geforderten Unterlagen als Teilnahmeantrag ein und legt die Bewerberbögen u. ggf. weitere Unterlagen der übrigen Mitglieder der BG (als Eigenerklärungen) als Anlage bei. Die gestellten Anforderungen an die Fachkunde und Leistungsfähigkeit gelten als erfüllt, wenn die betreffenden Nachweise von einem oder mehreren Mitgliedsunternehmen erbracht werden und in ihrer Summe die gestellten Anforderungen erfüllen. Ausgenommen davon sind der zuführende Negativnachweis bezüglich der Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB, die Erfüllung der Anforderungen zur Berufshaftpflichtversicherung, die Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014 (RUS-Sanktionen) sowie die Erklärung "Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer" (Formblatt 125-AI EU). Diese Anforderungen sind von jedem Mitgliedsunternehmen einzeln zu erfüllen.; 11.) Vorgehen zur Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden: Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge anhand der in der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise u. Erklärungen formal u. inhaltlich prüfen. Die Auswahl der Bewerber

erfolgt unter den formal zulässigen Teilnahmeanträgen, mit denen die Erfüllung der Mindestanforderungen nachgewiesen wurde. Diese Teilnahmeanträge werden nach den aufgeführten Auswahlkriterien bewertet. Die genaue Zusammensetzung ist aus der mit den Vergabeunterlagen bereitgestellten Wertungsmatrix ersichtlich. Die Rangfolge richtet sich nach den erreichten Punkten. Wird die Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber durch Bewerber mit gleicher Punktzahl überschritten, wird unter diesen das Losverfahren angewendet. 12.) Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Rechtsgrundlage: Richtlinie 2009/81/EG vsvglv -

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvglv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: gesetzliche Regelung

Korruption: gesetzliche Regelung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: gesetzliche Regelung

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: gesetzliche Regelung

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: gesetzliche Regelung

Betrug: gesetzliche Regelung

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: gesetzliche Regelung

Zahlungsunfähigkeit: gesetzliche Regelung

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: gesetzliche Regelung

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: gesetzliche Regelung

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: gesetzliche Regelung

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: gesetzliche Regelung

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: gesetzliche Regelung

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: gesetzliche Regelung

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: gesetzliche Regelung

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: gesetzliche Regelung

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: gesetzliche Regelung

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: gesetzliche Regelung

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: gesetzliche Regelung

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Teilsanierung und Umbau Botschaftskanzlei Quito (ECU)

Beschreibung: Die bundeseigene Kanzlei der Deutschen Botschaft in Quito (Ecuador) befindet sich im Gebäudekomplex "Conjunto Citiplaza" (bestehend aus drei Gebäuden: Citibank, Sheraton Hotel und Büroturm) im zentralen Stadtteil und Geschäftsviertel La Carolina (Edificio Citiplaza, Av. Naciones Unidas E10-44 y República El Salvador). Der Bezug des Citiplaza-Gebäudes, welches zwischen 1996 und 1998 errichtet wurde, erfolgte 1998. Hier nutzte die Bundesrepublik Deutschland bis 2016 gemeinsam mit Großbritannien dieselbe RK-/Visastelle in der 12. Etage. Später kaufte Deutschland diesen Bereich und nutzte diesen exklusiv für die RK-/Visastelle der Deutschen Botschaft. Quito, die Hauptstadt von Ecuador, liegt 20 Kilometer südlich des Äquators in einem 2850 m hohen Becken der Anden und ist die höchstgelegene Hauptstadt der Welt. Sie ist mit rund 2,7 Millionen Einwohnern die größte Stadt des Landes. Außerdem ist sie Hauptstadt des gleichnamigen Kantons sowie der Provinz Pichincha. Die Altstadt von Quito gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen der Deutschen Botschaftskanzlei in Quito beziehen sich ausschließlich auf die bundeseigene Liegenschaft im 12. und 13. Obergeschoss des Gebäudes "Citiplaza". Gegenstand sind Leistungen der Generalplanung [insbesondere Objektplanung (Gebäude/Innenräume), Fachplanung (Technische Ausrüstung) und weitere Fachplanungs- und Beratungsleistungen (Tragwerksplanung, Brandschutz, Wärmeschutz, Bau- und Raumakustik) für die Teilsanierungs- und Umbaumaßnahmen der deutschen Botschaftskanzlei in Quito (Ecuador). Sie umfassen die baulichen und technischen Anlagen im 12. und 13. Obergeschoss des 14-geschossigen Gebäudes "Edificio Citiplaza". Die beiden Etagen der Deutschen Botschaftskanzlei sind vom 14. OG, in welchem sich die Britische Botschaft befindet, räumlich zu trennen. Es sind die Grundlagen des ecuadorianischen Horizontaleigentumsgesetzes zu berücksichtigen, welches das Konzept des Gemeinschaftseigentums regelt. Dies betrifft sowohl bauliche als auch technische Anlagen. Teile der Bauaufgabe sind in sicherheitstechnisch sensiblen Bereichen zu realisieren. Die Kernpunkte der geplanten Baumaßnahme umfassen: • Ertüchtigung der materiellen Sicherheit - Erneuerung des Eingangsbereichs mit Schleuse und der RK-/Visastelle • Sanierung technischer Anlagen (Lüftung- und Klimasystem, Sanitärinstallationen, Elektro) • Ertüchtigung des Brandschutzes • Umsetzung der Nutzeranforderungen zur Barrierefreiheit innerhalb der Botschaftskanzlei. Weitere Teilleistungen sind: - Teile der Tragwerksplanung - Bau- und Raumakustik - Brandschutz sowie - Wärmeschutz- und Energiebilanzierung Die Sanierungs- und Umbaumaßnahme soll ohne Zwischenunterbringung im laufenden Betrieb der Botschaftskanzlei durchgeführt werden. Damit einher gehen Beeinträchtigungen des Betriebes und eine erhöhte Belastung für das Personal. Um diese Belastung zu reduzieren, müssen Lösungsmodelle für die Bauphase in enger Abstimmung mit Bundesbau Sachsen (BBSN), Auslandsvertretung (AV) und BfAA entwickelt werden. Die Festlegung der Bauabschnitte einschließlich der temporären Belegungsplanung, Schließzeiten etc. erfolgt ebenfalls im Einvernehmen mit der AV. Insbesondere für das Zeitfenster des Umbaus ist die Termintreue der Auftragnehmer zwingend sicherzustellen. Für die Bauausführung ist ein Baustellensicherheitskonzept durch den regionalen Sicherheitsbeauftragten des Bauherrn unter Beteiligung des Generalplaners zu entwickeln. TEILE DER BAUMAßNAHME SIND ALS "VERSCHLUSSSACHE - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NFD)" EINGESTUFT. WEITERE UNTERLAGEN WIE PROJEKTBESCHREIBUNG UND VERTRAG INKL. ANLAGEN SOWIE WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ÜBER DIE BAUMAßNAHME WERDEN DEN BIETERN DAHER ERST IM RAHMEN DER AUFFORDERUNG ZUR ANGEBOTSABGABE ZUR VERFÜGUNG GESTELLT.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Erbringung der beauftragten Leistungen mit Vertragsschluss und der Option der stufenweisen Beauftragung weiterer Leistungen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Ecuador

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Deutsche Botschaftskanzlei Quito Edificio "Citiplaza" Avenida Naciones Unidas E10-44 y República de El Salvador RGCC+XC9 170135 Quito Ecuador

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 65 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1) Rückfragen an die Vergabestelle ausschließlich über das Bietercockpit (www.sachsen-vergabe.de). 2.) Hinweis zum Vertrag: Mit Angebotsabgabe erklärt der Bieter seine Zustimmung zum Vertrag und dessen Anlagen. Mit Auftragserteilung gilt der Vertrag als geschlossen. Der Vertrag muss nicht unterschrieben und nicht mit dem Angebot eingereicht werden, vgl. §126 (3) BGB. 3.) Die Einreichung der Teilnahmeanträge und Angebote erfolgt schriftlich in Papierform; bitte beachten Sie die Hinweise zur Einreichung mit Kennzettel im Formblatt A00_Info Teilnahmewettbewerb. 4.) Die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung, als Bedingung für die Einreichung eines Angebotes, werden den Bewerbern, welche in der 2. Stufe zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden zur Verfügung gestellt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Klimaschutz

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag: Erklärung zu geeigneten Referenzen über vom Bewerber ausgeführte wesentliche Dienstleistungen. Es sind geeignete Referenzen über vom Bewerber in den letzten 3 Jahren im eigenen Unternehmen erbrachte Dienstleistungen aufzulisten. Hierzu ist der den Ausschreibungsunterlagen beigelegte Referenzbogen (Formblatt 901R-AI EU VS) zu nutzen. Die Auflistung ist auf Projekte zu

beschränken, deren Planungs- oder Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Planungs- oder Beratungsleistung vergleichbar sind. Hierzu ist der den Ausschreibungsunterlagen beigefügte Referenzbogen (Formblatt 901R-AI EU VS Referenzbogen) zu nutzen. Geforderte Angaben zu den Referenzen siehe Formblatt 901R-AI EU VS zzgl. aussagekräftiger Projektdarstellung je Referenz. Zur Sicherstellung eines ausreichenden Wettbewerbs werden auch Referenzen berücksichtigt, die mehr als 3 Jahre zurückliegen, sofern dies im Folgenden so bestimmt. >>MINDESTANFORDERUNGEN: Zum Nachweis der Erfahrung bei vergleichbaren Planungsleistungen werden vom Bewerber Referenzen gefordert, welche folgende Mindestanforderungen erfüllen müssen: 1. Referenzen GEBÄUDEPLANUNG - es sind mind. 2 eigenständig realisierte Referenzen, mit folgenden Mindestbedingungen einzureichen (gem. Matrix-Bewerbersauswahl): a) mindestens Eingruppierung entsprechend Honorarzone III; b) erbrachte Leistungsphasen 2 bis 8 (Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Leistungen für die Vergabe und Objektüberwachung); c) Inbetriebnahme der Referenz nach dem 01.01.2021; d) Baukosten Kostengruppen 300 + 400 mind. 2.500.000 Euro brutto. e) mindestens 1 Referenz außerhalb des EU-Binnenmarktes >Weitere Unterkriterien sind in der Wertungsmatrix aufgeführt.< 2. Referenzen TECHNISCHE AUSRÜSTUNG - AG 1-3, gem. § 53 Abs. 2 HOAI - es sind mind. 2 eigenständig realisierte Referenzen, mit folgenden Mindestbedingungen einzureichen (gem. Matrix-Bewerbersauswahl): a) erbrachte Leistungsphase 2 bis 3 und 5 bis 8 (Vorplanung, Entwurfsplanung, Ausführungsplanung, Leistungen für die Vergabe und Objektüberwachung); b) Inbetriebnahme der Referenz nach dem 01.01.2021; c) Baukosten Kostengruppen 410 (Anlagengruppe 1.1.1) und Kostengruppe 430 (Anlagengruppe 1.1.3) in Addition mind. 350.000 € brutto. d) mindestens 1 Referenz außerhalb des EU-Binnenmarktes >Weitere Unterkriterien sind in der Wertungsmatrix aufgeführt.< 3. Referenzen TECHNISCHE AUSRÜSTUNG - AG 4,5 gem. § 53 Abs. 2 HOAI - es sind mind. 2 eigenständig realisierte Referenzen, mit folgenden Mindestbedingungen einzureichen (gem. Matrix-Bewerbersauswahl): a) erbrachte Leistungsphase 2 bis 3 und 5 bis 8 (Entwurfsplanung, Ausführungsplanung, Leistungen für die Vergabe und Objektüberwachung) b) Inbetriebnahme der Referenz nach dem 01.01.2021 c) Baukosten Kostengruppen 440 (Anlagengruppe 1.1.4) und Kostengruppe 450 (Anlagengruppe 1.1.5) in Addition mind. 450.000 Euro brutto. d) mindestens 1 Referenz außerhalb des EU-Binnenmarktes >Weitere Unterkriterien sind in der Wertungsmatrix aufgeführt.< 4. Referenzen MATERIELLE SICHERHEIT (Planung und Koordinierung von sicherheitstechnischen Bauteilen und Einrichtungen, z.B. Schleuse, Wachgebäude, RK-/ VISA-Stelle) - es ist mind. 1 eigenständig realisierte Referenz, mit folgenden Mindestbedingungen einzureichen (gem. Matrix-Bewerbersauswahl): a) Baumaßnahme mit hohen Anforderungen an Materielle Sicherheit b) Inbetriebnahme der Referenz nach dem 01.01.2021 >Weitere Unterkriterien sind in der Wertungsmatrix aufgeführt.<

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag: Nachweis der beruflichen Befähigung durch Vorlage der Studien- und Ausbildungsnachweise / Bescheinigung über die Erlaubnis zur Berufsausübung für den Inhaber / Inhaberin oder die Führungskräfte des Unternehmens. Führungskräfte sind dabei verantwortliche Personen die im Auftragsfall die Leistungserbringung leiten und steuern. Zulassung, wer berechtigt ist, durch Nachweis, in folgenden benannten beruflichen Befähigungen (1+2+3) für: 1.) Führung der Berufsbezeichnung Architekt und bei einer Architektenkammer eingetragen ist, oder wer berechtigt ist, den akademischen Grad Diplom-Ingenieur Architektur zu führen. 2.) Führung

der Berufsbezeichnung Ingenieur, Abschluss als Master, Dipl.-Ing. in der Fachrichtung Technische Gebäudeausrüstung (Heizung/Lüftung/ Sanitär) oder in einem vergleichbaren Studiengang berechtigt ist und/ oder bei einer Ingenieurkammer eingetragen ist 3.) die einen Studienabschluss in der Fachrichtung Elektrotechnik oder Informationstechnik und entsprechende Berechtigung zum Tragen der Berufsbezeichnung "Ingenieur" in einer der o.g. Studienrichtung oder Eintrag bei einer Ingenieurkammer nachweisen können. Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch den Bewerber nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag: Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens, aufgegliedert in Berufsgruppen (z.B. Architekten, Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner, u.ä.), und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.) Erklärung zur Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmen mit Bezeichnung der zu vergebenden Teilleistungen bzw. der in Anspruch genommenen Kapazität und Angabe des Namens des Unterauftragnehmers bzw. des anderen Unternehmens (Formblatt). Nur in Fällen von Eignungsleihe ist mit dem Teilnahmeantrag zusätzlich vom anderen Unternehmen ein separater Bewerberbogen mit den verlangten Informationen und Unterlagen vorzulegen. In allen anderen Fällen fordert der Auftraggeber erforderliche Erklärungen und Nachweise zur Eignung der Dritten ggf. von den Bewerbern/Bietern, die in die engere Wahl kommen gesondert ab und behält sich vor, die Eignung der Dritten für die von ihnen zu erbringenden Leistungen zu prüfen. 2.) Sofern sich Kapazitäten anderer Unternehmen bedient wird (Unteraufträge/Eignungsleihe) ist mit dem Teilnahmeantrag für jedes Unternehmen die den Vergabeunterlagen beigelegte Verpflichtungserklärung (Formblatt) unter Beschreibung der (Teil)Leistungen und der Verpflichtung der Bereitstellung der Kapazitäten im Auftragsfall abzugeben. Der Auftraggeber verlangt eine gemeinsame Haftung des Bewerbers/Bieters, sofern die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe. 3.) Sofern sich Kapazitäten anderer Unternehmen bedient wird (Unteraufträge/Eignungsleihe) ist mit dem Teilnahmeantrag von jedem dieser Unternehmen die den Vergabeunterlagen beigelegte Erklärung zur "Sicherheitsauskunft und

Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/ Unterauftragnehmer" (Formblatt 126-AI EU) abzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1.) Erklärung zur Einreichung von Führungszeugnissen für Projektleiter und Objektüberwacher mit dem Angebot (nicht älter als 12 Monate) sowie für alle weiteren an der Auftragsausführung beteiligten Personen im Auftragsfall (nicht älter als 12 Monate). 2.) Erklärung "Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer" (Formblatt 125-AI EU) und ggf. für vorgesehene Unterauftragnehmer (Formblatt 126-AI EU) gem. § 7 Abs. 2 Nr. 2 und 3 VSVgV. 3.) Zur Ausführung der Leistungen sind die Anforderungen des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes und den Schutz von Verschlussachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz - SÜG) zu erfüllen. >>ERLÄUTERUNGEN: Teile der Baumaßnahme sind als "Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD)" eingestuft. Während der gesamten Vertragsdauer sowie nach Kündigung, Auflösung oder Ablauf des Vertrags sind die einschlägigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, insbesondere die Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung über die Behandlung von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung - VSA) in der jeweils gültigen Fassung sowie das Merkblatt zur Behandlung von Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (VS-NfD-Merkblatt) zu beachten und vollumfänglich einzuhalten. Eine Nichtbeachtung kann die Auflösung des Vertrages beziehungsweise von Teilen des Vertrages zur Folge haben. Mit dem Teilnahmeantrag ist für den Bewerber die Verpflichtungserklärungen gem. § 7 Abs. 2 Nr. 2 und 3 VSVgV abzugeben. Hierzu ist für den Bewerber das Formblatt 125-AI EU einzureichen. Die vorstehend genannten Vorschriften wirken sich im Rahmen der Planung und Bauausführung insbesondere auf die Kommunikation, die Speicherung von Daten und die Verwahrung /Archivierung von Unterlagen aus. Die Arbeitsplätze und -mittel der Mitarbeiter am Projekt sind so vorzuhalten, dass die VS-NfD-Anforderungen erfüllt werden. Zur Kommunikation zwischen allen Beteiligten am Projekt ist die Software GnuPG VS-Desktop der Firma g10 code GmbH zu verwenden. Diese Software ist vom Bieter selbst zu erwerben (Vollversion ca. 275 Euro). Von den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbes ausgewählten Bietern sind mit dem Angebot die Führungszeugnisse für den vorgesehenen Projektleiter und den vorgesehenen Objektüberwacher einzureichen. Das Ausstellungsdatum der Führungszeugnisse darf zum Zeitpunkt der Abgabefrist des Angebotes nicht länger als 12 Monate zurückliegen. Die vorzulegenden Führungszeugnisse dürfen keine Eintragungen enthalten. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, dass die Führungszeugnisse für den vorgesehenen Projektleiter und den vorgesehenen Objektüberwacher mit dem Angebot eingereicht werden. Dafür ist der Bewerberbogen (Formblatt 901-AI EU VS, Abschn. B, Ziff. 15) zu verwenden. Im Auftragsfall nach Abschluss des Vergabeverfahrens sind die Führungszeugnisse für alle weiteren an der Planung und Ausführung des Auftrages beteiligten Personen einzureichen. Das Ausstellungsdatum darf zum Zeitpunkt der Abgabefrist (nach Abschluss des Vergabeverfahrens) nicht länger als 12 Monate zurückliegen. Die vorzulegenden Führungszeugnisse dürfen keine Eintragungen enthalten. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag eine Eigenerklärung abzugeben, dass die Führungszeugnisse aller weiteren an der Planung und Ausführung des Auftrages beteiligten Personen im Auftragsfall nach Abschluss des Vergabeverfahrens eingereicht werden. Dafür ist der Bewerberbogen (Formblatt 901-AI EU VS, Abschn. B, Ziff. 16) zu verwenden. 4.) HINWEIS: Mögliches

Durchlaufen einer Sicherheitsüberprüfung nach Sicherheitsüberprüfungsgesetz des Bundes, bei Beauftragung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über das Vorliegen bzw. den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung im Umfang des vertraglich geforderten

Versicherungsschutzes im Auftragsfall. >>MINDESTANFORDERUNG: 2.000.000,00 € für Personenschäden und 1.500.000,00 € für sonstige Schäden. Der Auftragnehmer hat - wahlweise- eine durchlaufende oder eine objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen, welche auch die Haftungsrisiken als Generalplaner für den Vertragsgegenstand gem. Vertrag sowie eine 10-jährige Nachhaftung umfassen muss. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ggf. erforderliche Haftpflicht- oder sonstige Versicherungen, welche sich aus den Bestimmungen des Staates der Baustelle für die Ausübung der vertragl. vereinbarten Generalplanerleistung ergeben, selbständig abzuschließen. Die Kosten hierfür trägt der Auftragnehmer. Mit Vertragsschluss ist zur Abdeckung aller Schadens- und/oder Regressansprüche wegen Personen- und sonstigen Schäden eine Berufshaftpflichtversicherung bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen abzuschließen und nachzuweisen. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung Personenschäden und sonstige Schäden) ist zusätzlich eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer wird, ist der Nachweis von jedem Mitglied der Gemeinschaft einzeln im vertraglichen Umfang zu erbringen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag: 1) Angaben zur Identität Rechtsform des Unternehmens (Name, Anschrift, Kontaktdaten wie Tel.Nr., Fax Nr., Email, usw.) 2) Erklärung zur Eintragung in ein Berufs-/Handels-/Partnerschaftsregister. Bei Eintragungspflicht Angabe von Register, Zeitpunkt der Eintragung, Nummer. 3) Erklärung, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren • gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder • gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder • gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Ggf. Angaben zur Selbstreinigung nach § 125 GWB. 4) Erklärung, über das Bestehen von rechtlich und wirtschaftlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen mit Angabe, ob wirtschaftliche Verknüpfungen vorliegen, unter Benennung der Unternehmen und Beschreibung zur Art und Weise der Verknüpfung. Erklärung, dass der Auftrag unabhängig von anderen Ausführungs- und Lieferinteressen ausgeführt wird. 5) Erklärung gem. Art.5k VO (EU) Nr. 833/2014 (RUS-Sanktionen).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag: Erklärung über den Gesamtumsatz (netto) der letzten 3 Geschäftsjahre (jahresweise).
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung über den Umsatz (netto) im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Generalplanung) der letzten 3 Geschäftsjahre (jahresweise).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.sachsen-vergabe.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19fd1375481-14b63c73c8c92e9b

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Nicht zulässig

Begründung, warum eine elektronische Einreichung nicht möglich ist: Instrumente, Vorrichtungen oder Dateiformate nicht allgemein verfügbar

Beschreibung: Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich SCHRIFTLICH (in Papierform) einzureichen.

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 29/09/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: gesetzliche Regelung

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: gem. Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Finanzielle Vereinbarung: gem. Vergabeunterlagen

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1.Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: 1.

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Zentrale, Zentralstelle Vergabe- und Vertragsmanagement

Registrierungsnummer: DE233121477

Postanschrift: Riesaer Str. 7h

Stadt: Dresden

Postleitzahl: 01129

Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)

Land: Deutschland

E-Mail: vergaben.ai@sib.smf.sachsen.de

Telefon: 00

Internetadresse: <https://www.sib.sachsen.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: 1.Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16,
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
Telefon: +49 22894990
Fax: +49 2289499400

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: 1.Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Registrierungsnummer: k.A.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16,

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499400

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1966881c-c262-4be5-aef4-0484fb5a1d75 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/08/2026 21:35:16 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 592472-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 165/2026

Datum der Veröffentlichung: 27/08/2026